

## Rede von Matthias Bärwolff

Thüringer Frühwarnsystem und Schutzkonzept für vernachlässigte oder misshandelte Kinder / Kinderschutz als Aufgabe des öffentlichen Gesundheitswesens verankern - Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen gewährleisten

### **Zu den Anträgen der Fraktion der CDU und SPD - Drucksache 4/2549 und 4/2617 -**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich freue mich ganz ausdrücklich, dass wir dieses Thema heute hier derart intensiv behandeln und eine derart intensive Aussprache auch dazu führen. Herr Zeh, ich möchte Sie nur auf den Umstand aufmerksam machen, dass das Innenministerium im Jahr 2006 eine Drucksache veröffentlicht hat, wo sich das Innenministerium gelobt und gerühmt hat, dass sie die kommunalbelastenden Standards reduziert. Unter den kommunalbelastenden Standards war beispielsweise damals auch die Förderung der Kinderschutzdienste. Im Jahr 2006 wurde mit einer Richtlinie des Sozialministeriums die Finanzierung bzw. die Förderung der Kinderschutzdienste von zwei Vollzeitbeschäftigteneinheiten auf 1,5 VbE reduziert, das ist eine klare Kürzung unter den kommunalbelastenden Standards, soviel dazu.

Ich möchte auch ganz kritisch anmerken, ohne hier Schärfe reinzubringen, dass ich es schon für schwierig halte, dass im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs die Kinderschutzdienste in den KFA übergehen und dass jetzt extra im Jugendhilfeausschuss eine Arbeitsgruppe gegründet wurde, damit die Richtlinien der örtlichen Jugendförderung um die Kinderschutzdienste erweitert werden. Nur - und das finde ich sehr traurig und da würde ich mir andere Wege wünschen - damit die Kinderschutzdienste weiter Bestand haben können. Ich wäre eher dafür, die Richtlinie für die örtliche Jugendförderung weiter vorzuhalten für die Aufgaben der Jugendarbeit und die Kinderschutzdienste - eben wie es auch von der SPD und von uns gefordert wurde - in einem extra Gesetz zu verankern. Ich denke, das ist ein sinnvollerer Weg, und das ist eben nicht die Sicherung der Kinderschutzdienste durch die Hintertür, sondern wir fordern die Sicherung der Kinderschutzdienste durch die Vordertür, wenn Sie so wollen.

*(Beifall DIE LINKE)*

Eine zweite Sache: Also ich verstehe auch gar nicht, warum Sie das auf diese Art und Weise durch die Hintertür machen müssen durch die örtliche Jugendförderung. Sagen Sie doch ganz einfach, wir binden die 525.000 €, die wir den Kinderschutzdiensten geben, gesetzlich mit einer Zweckbindung. So einfach ist das. Ich denke, da gibt es nichts, weshalb man sich verstecken muss.

Die nächste Sache ist - und da spielen Finanzen auch eine ganz große Rolle - die Frage, wie sind diejenigen, die alltäglich mit Kindern umgehen, qualifiziert. Das geht bei den Lehrern in der Schule, bei den Polizisten, bei Kindergärtnerinnen los, das geht aber auch über die Ärzte und diejenigen, die die Vorsorgeuntersuchung machen. Da braucht man Fortbildung, da braucht man qualitativ hochwertige Fortbildung auch für die Familienhebammen, und die müssen finanziert werden. Von daher kann ich das, was die Kollegin Ehrlich-Strathausen angesprochen hat, durchaus unterstützen. Ich denke, gerade auch wenn wir bei Unterstützungsleistungen sind, natürlich haben Eltern die Pflicht, ihre Kinder zu pflegen, zu erziehen - das spricht ihnen gar keiner ab - aber es gibt Eltern, die sind dazu objektiv nicht in der Lage. Diesen Eltern ist kein Vorwurf zu machen, diesen Eltern ist zu helfen, diesen Eltern sind Unterstützungsangebote angedeihen zu lassen, und da - denke ich - ist das Beispiel der Mütterberatung, die natürlich auch für Väter offen steht - es sagt ja keiner, dass die

Mütterberatung ein Zeichen hat "Für Männer geschlossen" - da ist diese Mütterberatung genau der richtige Weg oder einer der Wege. Für diese Maßnahmen brauchen wir unbedingt finanzielle Mittel, und ich bitte Sie höflich, auch in den Haushaltsberatungen darauf einzugehen. Kinderschutz kann nicht freiwillig sein, Kinderschutz, das ist eine Pflichtleistung aus sich heraus. Das ist ein Selbstzweck, um Kinder und Eltern zu schützen. Ich würde Sie wirklich bitten, in den Haushaltsberatungen dazu auch Stellung zu nehmen und die entsprechenden Mittel einzustellen. Danke schön.

*(Beifall DIE LINKE)*